

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Thorsten Glauber

Abg. Oliver Jörg

Abg. Ruth Waldmann

Abg. Christine Kamm

Abg. Hans Herold

Abg. Walter Nussel

Staatsminister Dr. Florian Herrmann

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 1** auf:

**Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der Fraktion FREIE  
WÄHLER**

**"Bayerns Vereinskultur stärken - Bürokratie abbauen!"**

Für die heutige Sitzung ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER vorschlagsberechtigt. Die Regeln der Aktuellen Stunde sind bekannt. Ich brauche darauf nicht weiter hinzuweisen. Nur noch eine Bemerkung: Die fraktionslosen Abgeordneten können jeweils bis zu zwei Minuten reden. – Gut, dann beginnen wir. Erster Redner ist der Kollege Glauber von den FREIEN WÄHLERN für die antragstellende Fraktion. Bitte schön, Herr Kollege.

**Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER):** (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, verehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Einen schönen guten Morgen! Es ist kurz nach 8.00 Uhr, und die ersten Ehrenamtlichen, unsere Schulweghelferinnen und Schulweghelfer, haben ihren Dienst heute Morgen getan. 5,2 Millionen Bürgerinnen und Bürger über 14 Jahre leben in Bayern das Ehrenamt, den Bindungsklebstoff in unserer Gesellschaft. 25 % gehen diesem Ehrenamt täglich oder mehrmals in der Woche nach. Das sind immerhin mehr als 1,5 Millionen. Im Sport sind es 20 %, das ist eine Million Bürgerinnen und Bürger. 500.000 sind es im sozialen Bereich, 450.000 in der Musik, und in den Schulen und Kindergärten sind es immerhin noch 400.000, Kolleginnen und Kollegen.

Aber warum haben wir dieses Thema gewählt? – Weil das Ehrenamt von bürokratischen Hemmnissen belegt ist, die dringend abgebaut werden müssen. Lassen Sie mich in die einzelnen Bereiche hineinschauen. Ich werde Ihnen ganz konkrete Beispiele bringen, wo wir als Freistaat und wo die Bundesebene dem Ehrenamt ganz klar zur Seite stehen kann. Nehmen wir Feuerwehr, Rettungskräfte, das THW und unsere Blaulichtverbände. Hier kommt es nicht selten zu 50 oder 60 Einsätzen im Jahr für die regionale Feuerwehr. Danach, nach dem Einsatz, hat die Führungskraft, der Einsatz-

leiter oder der Kommandant eine Dokumentation zu erstellen. Das dauert 25 oder 30 Minuten. Sie geht an die Integrierte Leitstelle. Zig Stunden im Jahr werden für die Dokumentation aufgewendet.

Was wäre die Einführung des Digitalfunks in Bayern ohne unsere Ehrenamtlichen draußen gewesen? Sie haben am Abend und am Wochenende geschult, sie haben in ihrer Freizeit geschult und haben diesen Digitalfunk in ihre ehrenamtliche Feuerwehr eingebaut. Denken Sie an die Beschaffung eines Feuerwehrautos. Gerade in den Flächengemeinden gibt es einige Feuerwehrautos. Dort muss der örtliche Kommandant mehrere Hundert Stunden für die Ausschreibung eines neuen Feuerwehrautos aufwenden. Das macht er so nebenbei. Das macht er im Ehrenamt, damit der Gemeinderat oder der Stadtrat einen Beschluss zur Beschaffung eines neuen Feuerwehrautos fassen kann.

Kolleginnen und Kollegen, unsere Feuerweherschulen befinden sich in Geretsried, in Würzburg und in Regensburg. Was ist denn, wenn die Feuerwehrfrau oder der Feuerwehrmann morgens um 3.00 Uhr zum Einsatz gerufen wird und nicht weiß, was ihn in den nächsten zehn oder fünfzehn Minuten erwarten wird? Da ist es doch wichtig, dass wir gerade die, die im Ehrenamt plötzlich mit einer Situation konfrontiert sind, die einen Hausbrand löschen oder eine Rettung auslösen, so gut wie möglich schulen. Wir brauchen an unseren Feuerweherschulen dringend Ausbildungsplätze. Wir fordern diese hier seit Jahren. Sie kommen dem nur sehr zaghafte nach. Wir haben in den Feuerweherschulen Wartezeiten von mehr als einem Jahr. Das ist nicht in Ordnung. Wenn man das Ehrenamt stärken will, dann müssen wir da ganz klar handeln und das auch umsetzen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD)

Nächstes Beispiel, gehen wir ins Schützenwesen. Der Deutsche Schützenbund hat 1,5 Millionen Schützen in Deutschland, 500.000 allein in Bayern. Das Innenministerium hat neue Auflagen für Schützenstände gemacht. Im Bundesinnenministerium wirkt

ja jetzt unser Bundesinnenminister Horst Seehofer. Diese neuen Regelungen haben früher der Bayerische Sportschützenbund und der Deutsche Schützenbund erarbeitet, und sie wurden dem Ministerium übergeben. Jetzt hat das Ministerium das an sich gezogen. Wissen Sie, was das in den Schützenhäusern bedeutet? – Überall dort, wo größer als Kleinkaliber geschossen wird, muss man Pulverdampfabsaugungen für mehrere Zigtausend Euro einbauen. Man muss beim Schützenstand einen weiteren Fluchtweg schaffen. Man muss dafür sorgen, dass Blei letztendlich nicht mehr vorkommt. Man muss alle Oberflächen austauschen. Diese können nicht abgesaugt werden. Sie müssen wischbar sein. Man muss alle Holzdecken wegen des sogenannten Rückpralls ausbauen. All das ist früher in Zusammenarbeit mit dem Schützenbund, mit dem Bayerischen Sportschützenbund, erarbeitet worden. Dieser hätte das nie zugelassen. Das Innenministerium hat es an sich gezogen. Das bedeutet neue Bürokratie.

Nehmen wir den Brandschutz, Brandschutz in unseren Sportvereinen, Brandschutz in unseren Vereinsheimen. Ich kann Ihnen sagen, das ist ein Spaß. Die Gemeinden und die Sportvereine rüsten die Vereinsheime mit Brandschutztüren nach. Ich bringe Ihnen ein Beispiel aus meiner Heimat. Dort wurden beim Sportverein drei neue Fluchtwege für 250 Personen geschaffen. Ich sage Ihnen, in zwei Minuten ist dieser Saal mit 250 Personen geräumt. Aber nein, man geht jetzt noch an die Decke ran, weil unter der Decke ein brennbarer Dämmstoff ist. Das kostet den Verein 70.000 Euro, nicht für die Jugendarbeit, nicht für die Vereinsarbeit, sondern für sinnlose Investitionen nur wegen einer DIN 14096, die wir in Bayern mit umgesetzt haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Gehen wir in den Fußballbereich. 1,5 Millionen Personen stehen wöchentlich an den Sportfeldern und üben hier ein Ehrenamt aus. Ich sage Ihnen: Mit der Einführung des Mindestlohns, der eine völlige Berechtigung hat, haben Sie die Vereine in eine Klammer gebracht, und zwar in die Klammer zwischen Arbeitsrecht, Sozialversicherung, Unfallversicherung und Lohnsteuerrecht. Sobald Ehrenamtliche dort eine Entschädigung bekommen, sind die Vereine in dieser Klammer gefangen. Die Freigrenzen lie-

gen bei 2.400 Euro für Übungsleiter und 720 Euro für Vorstände. Das ist viel zu niedrig. Sobald der Euro fließt, bewegen sich Vorstände immer im Graubereich, weil sie nämlich genau dort immer das Mindestlohngesetz im Rücken haben. Sozialministerin Nahles, die angekündigt hat, solange sie Sozialministerin sei, werde dort nichts passieren, ist nicht mehr Ministerin. Man hat auf Bundesebene keine Regelung geschaffen, die die Vereine aus dieser Klammer nimmt, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Nehmen wir das Beispiel von Vereinen, die ihr Vereinsheim selbst bewirtschaften. Nicht selten zählen Sportvereine 600 Mitglieder. Ein Verein erwirtschaftet dann im Jahr Summen von 90.000 bis 100.000 Euro. Das entspricht einem kleinen mittelständischen Unternehmen. Das ist ohne steuerliche Unterstützung schon lange nicht mehr machbar. Die Kassierer der Vereine befinden sich in der sogenannten Haftungsklammer mit den Finanzbehörden.

Der ehemalige Finanzminister und jetzige Ministerpräsident stellt sich hier hin und verkündet stolz, dass wir Apple, Google, Facebook, Amazon und die anderen Großen in Bayern haben. Jedoch redet er ihnen in gleichem Maße das Wort, und sie zahlen keine Steuern. Ich muss mich dann schon fragen: Wo ist da die Wertschätzung für das Ehrenamt? Der Sportverein draußen hat mit den Kontrollen durch die Finanzbehörden zu kämpfen. Draußen versucht man, jeden Euro der Dienstleistenden zu holen, aber große Unternehmen wie Apple werden durch die Bayerische Staatsregierung auch noch gestützt. Kolleginnen und Kollegen, das ist unsozial.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Schauen wir uns nun die Musikvereine an. Vereine, die 20 bis 60 Jugendliche musikalisch ausbilden, leisten Wunderbares. Bei jedem Festzug genießen wir alle die wunderbare Musik. Wir sind dann diejenigen, die ihnen am Sonntag das Wort reden. Fragen Sie mal Künstler in der Ausbildung nach der Künstlersozialkasse. Die werden Ihnen ein Lied davon singen. Der Rechnungshof sagt, die Künstlersozialkasse muss

abgeschafft werden. Sie tun es aber nicht. Schauen Sie sich Musikvereine mit über 60 Jugendlichen an.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Atmen!)

– Ich habe nicht so viel Zeit. Bei über 60 Jugendlichen müssen die Vereine in großem Maß Beiträge zur Künstlersozialkasse zahlen.

Schauen wir uns die Volksfeste an. Jetzt kommt Ostern, da finden Kindergartenfeste und Pfarrfeste statt. Man muss das Fest mindestens vier Wochen vorher anmelden. Bei einem Verkauf von Speisen müssen die Verkaufsstände im Freien von drei Seiten geschlossen und überdacht sein. Man braucht einen Spuckschutz und einen Lebensmittelschlauch, der blau wie der bayerische Himmel ist. Der Lebensmittelschlauch muss zuvor geprüft werden. Man braucht eine lückenlose Kühlkette. Im Prinzip braucht man eine Kühltheke für Torten und Speisen usw. Ich wünsche Ihnen viel Spaß, wenn Sie auf Ihrem Kindergartenfest oder Pfarrfest vor Ort sind.

(Hans Herold (CSU): So ein Unsinn! – Zuruf des Abgeordneten Manfred Ländner (CSU))

Lassen Sie sich das alles aufzeigen. Die Bürgerinnen und Bürger werden Ihnen zeigen, welche Menge an Bürokratie sie erleben und wie viel Spaß es macht, ein Pfarrfest zu veranstalten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Lassen Sie es mich zusammenfassen: Es ist wunderbar, dass wir 5,2 Millionen Ehrenamtliche in Bayern haben. Bayern wäre sonst nicht das, was es ist. In der Regierungserklärung und beim Kabinettszuschnitt kam sowohl auf Bundesebene als auch auf Landesebene das Thema "Heimat" vor, aber eigentlich hätte das Wort "Ehrenamt" vorkommen müssen. Heimat entsteht nämlich nur durch Ehrenamt. Das, was die Menschen ehrenamtlich leisten, schafft unsere Heimat. Ansonsten können wir uns dieses

Heimatministerium schenken. Was das Ehrenamt leistet, erleben wir draußen. Ich bin dankbar dafür, dass uns diese Ehrenamtlichen Heimat schaffen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir, die FREIEN WÄHLER, haben klare Forderungen. Ich habe Ihnen bereits Beispiele aufgezeigt, die kein Geld kosten. Bürokratie muss abgebaut werden. Gehen Sie auf Bundesebene über den Bundesrat vor, und schaffen Sie pro Vierteljahr eine unnötige Regel ab. Dies wären dann in dieser Legislaturperiode 14 Regeln. So würde man das Ehrenamt entlasten. Für die neue Legislaturperiode sollte auch in Bayern pro Quartal eine Regel abgeschafft werden. Dies wären dann 20 Regeln. Das Ehrenamt wird es Ihnen danken. Wir Parlamentarier dürfen nicht nur sonntags dem Ehrenamt das Wort reden, sondern müssen auch tatsächlich handeln. Wir müssen mit guten Vorschlägen, die kein Geld kosten und das Ehrenamt entlasten, vorangehen.

Zum Schluss sei gesagt, es gibt wunderbare Beispiele. Die Hochschule in Augsburg hat zusammen mit den Vereinen wie der Feuerwehr und den Blaulicht-Verbänden eine Zulassung zum Studium nicht nur auf der Grundlage des Numerus clausus eingeführt. Studienplätze werden dort auch nach dem ehrenamtlichen Engagement vergeben. Der Freistaat Bayern sollte bei der dualen Ausbildung, die allen so wichtig ist, die Ausbildungsplätze auch nach Gesichtspunkten des Ehrenamts vergeben. Damit gehen wir voran, nicht nur bei den Studiengängen, sondern auch als Arbeitgeber. Damit stärken wir das Ehrenamt. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Kollege. – Als nächster Redner hat der Kollege Jörg von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

**Oliver Jörg (CSU):** (Vom Redner nicht autorisiert) Geschätzter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! In keinem anderen Bundesland ist die Bevölkerung mit denjeni-

gen, die in der Politik und im Staat Verantwortung tragen, eine so enge Symbiose eingegangen wie in Bayern.

(Markus Rinderspacher (SPD): Steile These! – Florian von Brunn (SPD): Das nennt man Vetternwirtschaft!)

In der Bayerischen Verfassung ist nämlich festgehalten, dass es oberstes Staatsziel sein soll, das Ehrenamt zu schützen und zu fördern. Das gibt es sonst nirgends. Das gibt es sonst nirgendwo in Deutschland. Deswegen verwahre ich mich gegen Reden, die den Unterton haben, dass auf der einen Seite die ehrenamtlichen Helfer stehen und auf der anderen Seite die schikanierenden Politiker und Verwaltungen, die den Ehrenamtlichen das Leben nur schwer machen wollen.

(Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Gehen Sie raus!)

So ist es in Bayern nämlich nicht.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Glauber, gehen Sie die Rechtsverordnungen, Vorschriften, gesetzlichen Regelungen und untergesetzlichen Regelungen durch. Jede einzelne Regelung – lieber Manfred, dein Zwischenruf – hat irgendeinen Anlass. Da ist in der Vergangenheit irgendwo irgendetwas schiefgegangen. Deswegen existiert oft eine Regelung.

(Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Nein! Schauen Sie doch – – – Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER): Anlassgesetz!)

Irgendeiner kam auf die Idee, dass es da eine Gefährdungssituation gibt, und dann kommt es zu solchen Regelungen. Was ist unsere gemeinsame Aufgabe? – Danke für die Aktuelle Stunde und für dieses Thema. Ich finde das Thema außerordentlich gut. Wir, die wir in politischer Verantwortung stehen, müssen unheimlich sorgsam darüber wachen, dass unnötige Regelungen, die den Menschen draußen das Gefühl vermitteln, nur gegängelt zu werden, abgeschafft und hinterfragt werden. Da sind wir auf

einem ganz guten Weg. Nach wie vor ist es in Bayern so, dass die Struktur des Vereins eine der beliebtesten Formen ist, um ehrenamtlich und gemeinschaftlich unterwegs zu sein. Das ist nirgendwo in Deutschland so. In Bayern gibt es etwa 85.000 Vereine. Die Zahl ist nicht geringer geworden, sondern im Gegenteil, die Vereine sind noch beliebter geworden. Das hat auch etwas mit haftungsrechtlichen Gründen zu tun, warum die Vereinsform nach wie vor attraktiv ist.

Unsere Aufgabe ist es, die Ehrenamtlichen draußen zu unterstützen. Sie von der Opposition, wir alle, sind doch von morgens bis abends auch Ehrenamtliche. Wir sind in so vielen Vereinen ehrenamtlich unterwegs. Wir lassen uns einbinden in die Vorstandsarbeit. Wir kennen das aus der Praxis. Deswegen ist es gut, dass wir nicht nur eine Art Sorgentelefon der Staatsregierung haben, an das man sich wenden kann, wenn eine Vorschrift nicht nachvollziehbar ist oder man eine beseitigen möchte. Es ist auch gut, dass wir das Petitionsrecht haben, wodurch sich jeder mit seinen Sorgen an den Bayerischen Landtag wenden kann. Es ist gut, dass wir in Bayern mit den Koordinierungszentren ein ganzes Netzwerk aufgebaut haben. Dort kann ich mich hinwenden und bei konkreten Sorgen beraten lassen. Ich werde zu bestimmten Themen der Vereinsarbeit beraten. Es ist gut, dass es Leitfäden gibt. Es ist gut, dass wir über das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement mit Sitz in Nürnberg Menschen fit machen. Wir stellen nicht nur Informationen online zur Verfügung, sondern begleiten auch aktiv und bieten sogar Seminare an. Wir machen die Menschen dafür fit, mit dem durchaus schwieriger werdenden bürokratischen Umfeld klarzukommen.

Das soll es aber nicht rechtfertigen. Jede Norm, die wir infrage stellen, muss hier diskutiert werden. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, da ist bereits einiges passiert. Natürlich kann man da nervös werden, wenn ein Maibaum 10 km weit vom Wald bis mitten in die Stadt transportiert wird. Natürlich bestehen da Zweifel, ob das alles gut funktioniert. Wir hatten trotzdem den Mut zu sagen, dass wir dafür nicht mehr die klassische Genehmigung brauchen. Wenn das abgesichert ist und sich die Veranstalter

selbst darum gekümmert haben, dann kann man auch einmal auf so eine Genehmigung verzichten.

Auch das Thema Lebensmittel und Hygiene ist ganz schwierig. Wenn es eine Salmonelleninfektion gibt und ein Fest die Ursache dafür war, dann schreien alle. Dann ist die Gesundheitsministerin im Feuer. Dann ist der Veranstalter im Feuer. Wir brauchen deswegen nicht jedes Mal mit dem Spuckschutz und solchen Themenfeldern zu kommen, aber dass wir hier nicht den gleichen Maßstab ansetzen wie zum Beispiel bei jemandem, der so ein Fest gewerblich ausrichtet – da sind wir doch völlig beieinander. Es ist auch richtig, dass wir daran arbeiten, hier entsprechende Antworten zu finden.

Ich habe das Stadtteilfest in der Sanderau mit ins Leben gerufen. Wir hatten immer eine Tombola. Ich war für die Tombola ehrenamtlich verantwortlich. Das war kein Spaß mit all den Genehmigungen. Ich finde es gut, dass man sich jetzt auf den Weg macht zu sagen: Eine Tombola in kleinem Umfang mit einigen Losen usw. und unter einem gewissen Betrag – das muss auch mit weniger Bürokratie funktionieren. So gibt es Themenfelder an Themenfelder, die wir zusammen anschauen.

Ich sage an der Stelle vor allem noch einmal herzlichen Dank an Walter Nussel, der hier sicherlich auch noch einiges zu den Themen, die so seinen Weg kreuzen, sagen wird. Hier kann man vielleicht bei dem einen oder anderen auch auf Bürokratie verzichten. Ich möchte ihm auch für das tagaus, tagein erreichbare Sorgentelefon zum Thema Bürokratieabbau für die Bürgerinnen und Bürger danken.

Ich bin mit Ihnen völlig einer Meinung. Wir müssen die Ehrenamtler draußen unterstützen. Wir müssen sie motivieren, müssen an ihrer Seite stehen – und unnötige Bürokratie braucht es nicht.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächste hat Frau Kollegin Waldmann von der SPD das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

**Ruth Waldmann (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Natürlich gehört es sich, dass man am Anfang betont, wie wichtig das Ehrenamt für unsere Gesellschaft ist. Fast jeder Zweite in Bayern engagiert sich ehrenamtlich. Wir haben es bei den Vorrednern auch schon gehört: Was wäre unsere Gesellschaft, was wäre unser öffentliches Leben ohne dieses starke Engagement? Darauf sind wir stolz, und das macht uns als Gesellschaft auch stark.

Bislang war es allerdings so, dass die SPD als einzige Fraktion im Nachgang zu dem Ereignis, dass die Förderung des Ehrenamts als Staatsziel in die Bayerische Verfassung aufgenommen wurde, einen Gesetzentwurf eingebracht hat. Natürlich haben Sie unsere Vorschläge erst einmal alle abgelehnt. Sie sind aber Stück für Stück alle wieder aufgetaucht und jetzt zur Umsetzung gekommen.

Das war zunächst so bei der Zukunftsstiftung Ehrenamt, die Sie in Bausch und Bogen abgelehnt hatten, um sie dann ein paar Monate später einzurichten.

(Volkmar Halbleib (SPD): Hört, hört!)

So ist es auch mit unserem Vorschlag, einen Ehrenamtsbeauftragten zu benennen. Ich habe gestern kurz vor Mitternacht entdeckt, dass der Ministerpräsident gestern noch eine ganze Reihe von Beauftragten ernannt hat, darunter auch eine Ehrenamtsbeauftragte.

(Zuruf des Abgeordneten Karl Freller (CSU))

Vielleicht haben es auch noch nicht alle gehört und mitbekommen. Es wird eine Ehrenamtsbeauftragte geben: die Kollegin Brendel-Fischer. Das ist einer der wesentlichen Punkte gewesen, die wir gefordert hatten.

Sehr geehrte Frau Kollegin, nun stellt sich natürlich die Frage, wie hoch dieses Thema denn angesiedelt werden wird. Tritt die Beauftragte jetzt an die Stelle des bisherigen Staatssekretärs, der im Sozialministerium angesiedelt war und gestern abgeschafft wurde? Ist das jetzt eine Aufwertung für das Ehrenamt, gewinnt diese Arbeit jetzt auch

für die Staatsregierung insgesamt an Bedeutung? Oder ist das vielleicht eine Schwächung? – Man muss es sehen. Das hängt von Ihrer Ausstattung ab. Es hängt von Ihren Geschäftsbereichen ab. Es hängt davon ab, wo Sie angesiedelt sind. Ich erinnere daran, dass wir gesagt haben, man sollte einen unabhängigen Ehrenamtsbeauftragten hier am Bayerischen Landtag ansiedeln und nicht irgendwo im Ministerium unter fernem liefern.

(Beifall bei der SPD)

Das wäre ja vielleicht noch eine Chance. Vielleicht ist da noch nicht das letzte Wort gesprochen, wie diese Ausstattung jetzt genau aussehen soll.

Sehr geehrte Frau Kollegin, es hängt aber natürlich auch von Ihrer Person ab. Lassen Sie sich bitte nicht zur Grüß-Gott-Tante machen! Es wäre nämlich schlecht, wenn alle in der Staatsregierung am Ende froh sind, dass es eine Beauftragte gibt, bei der man die lästigen Themen abliefern kann – und dann werden Sie damit alleingelassen und müssen ohne echte Zuständigkeit und Macht gucken, was Sie dann tun sollen.

(Beifall bei der SPD)

Ich wünsche Ihnen dafür Glück. Wir wollen Sie gerne unterstützen, und wir wollen auch, dass Ihre Stelle gestärkt wird, weil damit das Ehrenamt in Bayern gestärkt wird. Vielleicht kann man bei der Architektur dieser Stelle seitens der Mehrheitsfraktion noch etwas Nachdruck – –

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Ich Sorge für Nachdruck! Da brauchen Sie sich nicht darum zu kümmern!)

– Gut. Aber es geht sicher auch um die Rahmenbedingungen. Ganz allein werden Sie das nicht können. Wir haben nämlich Grund zur Besorgnis.

Wir haben vor nicht ganz zwei Wochen den Innovationspreis Ehrenamt verliehen. Ich war selber mit in der Jury, in der aus jeder Fraktion jemand mit dabei war. Es waren

auch sehr viel Expertise und Fachleute vom Runden Tisch aus dem Bereich Ehrenamt dabei. Ganz ehrlich gesagt, es war trotzdem eine ausgesprochen ärgerliche Veranstaltung, weil sie allein zur Selbstbeweihräucherung der Staatsregierung und der CSU-Mehrheit genutzt wurde. Es wurden aus der Jury ausschließlich CSU-Mitglieder benannt. Sowohl in der Begrüßung als auch in den Einspielerfilmchen kamen nur CSU-Kollegen vor. Es kam kein anderer aus den Fraktionen vor. Und noch schlimmer: Es kam auch kein anderer von den Ehrenamtlichen vor, zum Beispiel vom Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, von all den anderen Organisationen, die am Runden Tisch dabei sind. Das war also sehr ärgerlich. Ich denke, das kann besser werden. Da sind wir hier auch eine bessere Zusammenarbeit vom Bürgerpreis Ehrenamt, den der Landtag verleiht, gewohnt. Da haben wir nämlich eine sehr gute und konstruktive Zusammenarbeit, wofür allein schon die Landtagspräsidentin sorgt. Ich denke, da haben wir eine gute Tradition entwickelt, und ich würde mir wünschen, dass es auch in diese Richtung weitergeht.

(Beifall bei der SPD)

Die zweite Sorge betrifft das Sorgentelefon, das der Kollege Jörg gerade angesprochen hat. Wie sieht das denn genau aus? – Wir haben einen Bericht vom damaligen Staatskanzleichef Huber bekommen, wie es denn mit diesem Sorgentelefon aussieht. Es war nämlich bei der Staatskanzlei angesiedelt, obwohl die eigentliche Zuständigkeit beim Staatssekretär des Sozialministeriums sein sollte. Das hat niemand so recht verstanden.

Dann stellt sich heraus, dass es sich um eine allgemeine Servicestelle der Staatsregierung mit Dienstsitz in Kaufbeuren handelt. Ganz offenbar hat das Thema bei der Schwerpunktsetzung nicht die allererste Priorität. Dieses Sorgentelefon ist nur an Werktagen und während der Arbeitszeit zu erreichen. – Sie wissen aber schon, dass die Ehrenamtlichen ihre ehrenamtliche Arbeit natürlich in ihrer Freizeit leisten müssen und in Teufels Küche kommen können, wenn sie während der Arbeitszeit, von der Arbeit aus versuchen, dieses Sorgentelefon zu erreichen. Da hat man vielleicht das

Grundprinzip eines Sorgentelefon noch nicht richtig verstanden oder noch nicht wirklich aufgegriffen.

Im Bericht aus der Staatskanzlei hieß es auch, wenn keine direkte Klärung möglich sei, solle derjenige, der etwas wissen wolle, eine E-Mail schreiben, die dann an die Ministerien weitergeleitet würde. Das heißt also, dass es sich mehr oder weniger um die Stelle einer Telefonistin handelt, die weiterleiten kann, aber es handelt sich nicht um einen kompetenten Ansprechpartner, der gebündelte Informationen und Hilfe aus einer Hand anbieten kann, was eigentlich nötig wäre. Da gibt es also noch einiges zu verbessern.

Ich möchte Ihnen auch noch zwei wichtige, ganz konkrete Themen mit auf den Weg geben. Wo zum Beispiel sind denn Unterstützung und Bürokratieabbau tatsächlich nötig? Wir haben eine neue Richtlinie, zum Teil auch auf europäischer Ebene: die Datenschutz-Grundverordnung. Was heißt das jetzt? – Das kann dazu führen, dass ein Übungsleiter, der eine E-Mail schreibt, in der er die Telefonnummern und die E-Mail-Adressen der Kursteilnehmer zusammenfasst und allen zur Verfügung stellt, in Teufels Küche kommen kann. Er kann mit dieser Verordnung ernste Probleme bekommen, da sie zum Teil bußgeldbewehrt ist, wenn man hier Fehler macht. Der Strafrahmen geht bis zu 20 Millionen Euro. Das sorgt für echte Verunsicherung, und hier gäbe es echten Informations- und Beratungsbedarf.

Der Datenschutzbeauftragte in Baden-Württemberg hat zum Beispiel von sich aus einen Leitfaden und eine Checkliste entwickelt, um die Vereine hier zu beraten und die Ehrenamtlichen zu unterstützen. Man kann also von sich aus aktiv Unterstützung und Hilfe gewähren.

(Beifall bei der SPD)

Man muss nicht warten, bis sich am Sorgentelefon irgendjemand verzweifelt zu melden versucht, nein: Sie können das aktiv gestalten.

Ich komme damit zur zweiten wesentlichen Grundlage, die das Ehrenamt wirklich braucht und die wirklich helfen würde, um mit Bürokratie besser zurechtzukommen. Das wäre eine Grundhaltung in der Staatsregierung, in den Ministerien und in den Behörden, Ehrenamtliche und Vereine, mit welchen Anliegen auch immer sie kommen, nicht immer nur als Bittsteller zu sehen, sondern den Service-Gedanken in den Vordergrund zu stellen.

Es wird immer wieder betont, wie sehr wir das Ehrenamt brauchen, wie stark wir darauf angewiesen sind. Das passt dann oft gar nicht mit dem zusammen, was die Menschen erleben, wenn sie sich an eine Behörde oder an ein Ministerium wenden und sich dann sehr mühsam, oft nach Buchbinder-Wanninger-Art, durchfragen müssen; wenn sie abgewimmelt werden; wenn sie getröstet werden und Dinge lange brauchen. Das sind Probleme, bei denen Sie tatsächlich helfen könnten und angesichts derer vielleicht auch eine neue Grundhaltung quer durch alle Ministerien und zu allen Aufgaben etabliert werden könnte. Das wäre eine neue Grundhaltung, die ehrenamtlich engagierten Bürger als Partner zu begreifen und eben nicht als Bittsteller, eine Grundhaltung, die von vornherein darauf schaut, was man tun könnte, um wirklich zu unterstützen und nicht nur auf irgendwelche Richtlinien hinzuweisen.

(Beifall bei der SPD)

Darin sehen wir eine echte Chance. Wir wünschen Ihnen viel Glück und eine gute Hand und hoffen, dass es Ihnen gelingt, Ihre Tätigkeit rechtzeitig hinreichend bekannt zu machen, und dass es zu einer etwas intensiveren Zusammenarbeit kommt. Wir hoffen auch, dass wir Sie beim Runden Tisch Ehrenamt regelmäßig zu sehen bekommen. Das war bisher bei den Vertretern des Sozialministeriums nicht immer der Fall. Sie haben sich meistens auf das Begrüßen beschränkt, und dann hatten sie etwas Wichtigeres zu tun. Wir freuen uns, wenn das eine neue Bedeutung bekommt.

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächste hat Frau Kollegin Kamm für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

**Christine Kamm (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank für das Thema dieser Stunde. Ich denke, es ist wichtig, das Ehrenamt zu stärken und zu unterstützen. Das bedeutet aber nicht unbedingt, dass man alle möglichen Regelungen, die aus irgendwelchen Gründen erforderlich sind, abschafft, sondern das bedeutet vor allen Dingen – Ruth Waldmann hat es auch gesagt – eine andere Kultur des Umgangs mit den Ehrenamtlichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen, dass die Menschen in Bayern mehr mitgestalten und mitbestimmen können. Ehrenamtliche leisten einen außerordentlich wichtigen Beitrag zum Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Damit meine ich nicht nur Vereine, gemeinnützige Organisationen und Verbände, sondern auch ehrenamtliche Einzelpersonen.

Wir haben die Situation, dass viele mit der ehrenamtlichen Tätigkeit anfangen, weil einfach Not ist und weil es erforderlich ist zu handeln, weil man nicht länger zuschauen kann, wie die Situation ist, sondern weil man sie verbessern möchte. Das machen die Leute natürlich lange, bevor sie wissen, was die Bayerische Staatsregierung möglicherweise für das Ehrenamt tut oder nicht tut. Sie handeln quasi aus sich selbst heraus, aus eigener Verantwortung heraus. Mit diesem ehrenamtlichen Engagement stärken sie das Rückgrat unseres Gemeinwesens und sind ein wichtiger Bestandteil unserer Demokratie.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fast die Hälfte der Menschen in Bayern ist ehrenamtlich tätig, darunter auch viele Migrantinnen und Migranten, deren Engagement oft nicht so gesehen wird, weil sie es häufig nicht vereinsorientiert tun.

Wir wollen, wo immer möglich, das Engagement der Ehrenamtlichen stärken und fördern, sicherlich auch durch mehr Beratung, beispielsweise bei der Vereinsgründung und Ehrenamtsanerkennung. Ich habe die Erfahrung gemacht, dass es derzeit kaum ratsam ist, einen gemeinnützigen Verein ohne notarielle Begleitung zu gründen. Ob das so sein muss, möge dahingestellt sein. Aber ich denke, durch entsprechende Beratungsangebote könnten auch juristische Schwierigkeiten ausgeräumt werden. Derzeit gibt es solche Angebote sicherlich nur unzureichend. Natürlich wären – da sind wir ganz bei Ihnen – mehr Ausbildung und Fortbildungsangebote für Ehrenamtliche, und nicht nur für Feuerwehrler,

(Peter Winter (CSU): Die sind aber auch ehrenamtlich!)

sondern auch für andere, wünschenswert.

Die Frage, ob die gesetzlichen Vorgaben, die Sie zum Teil in Ihrer Pressemitteilung kritisiert haben, jeweils angemessen sind, lässt sich sicher nicht pauschal beantworten. Gesundheitsbescheinigungen für den Verkauf von Speisen sind sicher erforderlich, völlig egal, ob die Speise ehrenamtlich oder hauptamtlich verkauft wird. Dasselbe gilt natürlich beim Jugendschutz. Ich denke, wir sollten alle gemeinsam bei den Ehrenamtlichen wie den Hauptamtlichen um Verständnis werben, dass diese Maßnahmen keine Schikane,

(Beifall bei den GRÜNEN)

sondern schlicht und einfach notwendig sind. Wir können nicht das Kind mit dem Bade ausschütten, sondern sollten schauen, welche Regelungen erforderlich sind – sind alle erforderlich? – und welche wir so gestalten können, dass sie auch wirklich praktikabel sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Zusammenhang mit einer praktikablen Gestaltung besteht sicher beim Thema des Mindestlohns noch Handlungsbedarf. Regelmäßig hat man in gemeinnützigen Organi-

sationen Schwierigkeiten, wenn beispielsweise jemand mit einem 450-Euro-Job die Buchhaltung macht und nebenbei vielleicht noch ehrenamtlich eine andere Funktion in dem Verein übernimmt. Da können Sie in Teufels Küche kommen, wenn Sie Pech haben. Hier erwarten wir tatsächlich mehr Klarheit und bessere Möglichkeiten. Natürlich ist es wichtig zu definieren, welche Funktionen hauptamtlich und welche Funktionen ehrenamtlich sind, um das Ganze prüfbar zu machen. Wir brauchen hier mehr Rechtssicherheit bei den Vereinen und bei den Organisationen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Damit die Arbeit von Ehrenamtlichen nicht zu Überforderungen führt, braucht es, wie gesagt, bessere Rahmenbedingungen und eine bessere Unterstützung bei der Weiterbildung und Fortbildung. Vor allen Dingen, liebe Kolleginnen und Kollegen, braucht es eine Kommunikation der Behörden und der Verwaltung mit den Ehrenamtlichen auf Augenhöhe. Da, muss ich sagen, wäre noch viel zu tun. Wenn ich Ihnen den E-Mail-Verkehr mit den Ehrenamtlichen der Flüchtlingshilfe zur Verfügung stellen soll, mache ich das gerne. Da ist erheblicher Verbesserungsbedarf vorhanden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächster hat der Kollege Herold von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

**Hans Herold (CSU):** (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Je mehr wir uns der Landtagswahl nähern, umso mehr haben die FREIEN WÄHLER immer ein Thema oder ein Motto, nämlich, unsere schöne bayerische Heimat schlechtzureden.

(Beifall bei der CSU – Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Ah!)

Ich sage Ihnen aber auch, das wird Ihnen nicht gelingen, lieber Herr Kollege Glauber, weil wir Menschen haben, die sich sehr stark ehrenamtlich engagieren. Und auch diese Menschen leben sehr, sehr gerne in Bayern.

(Zuruf des Abgeordneten Florian Streibl (FREIE WÄHLER))

Lieber Kollege Glauber, Sie haben vorhin die Situation an den Feuerweherschulen erwähnt. Sie müssten eigentlich gerade als neues Mitglied des Haushaltsausschusses wissen, dass wir ständig die Mittel und das Personal an den Feuerweherschulen in Gertsried, in Regensburg und in Würzburg aufstocken.

(Beifall bei der CSU – Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): 450 Anträge abgelehnt!)

Sie haben auch das Thema der Ausschreibungen angesprochen. Sie müssten eigentlich wissen, dass unser Beauftragter, der Kollege Walter Nussel, sehr stark an dieser Thematik dran ist.

Ich möchte Ihnen noch etwas sagen. Sie alle wissen, auch aufgrund der Erfahrungen als Kommunalpolitiker, dass die meisten Entscheidungen gewissermaßen vor Ort, von unseren Kommunen und von unseren Landratsämtern, getroffen werden. Gehen Sie doch einmal zu den Bürgermeistern der FREIEN WÄHLER und zu den Landräten der FREIEN WÄHLER, um darauf entsprechend hinzuwirken!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich persönlich habe die Entscheidung sehr begrüßt, dass wir künftig auch eine Ehrenamtsbeauftragung der Bayerischen Staatsregierung haben werden, nämlich die Kollegin Brendel-Fischer. Ich bin mir sicher, dass die Frau Kollegin Brendel-Fischer diese Angelegenheit mit Nachdruck bearbeiten wird.

Persönlich möchte ich sagen, dass ich seit meiner Jugend wirklich sehr stark ehrenamtlich tätig bin. Mir kam nie in den Sinn, ein bestimmtes Ehrenamt aufzugeben, weil angeblich bürokratische Hürden vorhanden sind. Ich weiß gar nicht, wovon Sie eigentlich reden, wenn ich ganz ehrlich bin.

(Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Sie sind ganz schön weit weg von der Praxis!)

Ich war Vorsitzender eines Sportvereins.

(Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Mindestlohn!)

Das Thema wurde eigentlich nie angesprochen.

(Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Gehen Sie hinaus und schauen Sie den Mindestlohn an und welche Verantwortung der Vorsitzende hat!)

Ich bin sehr stark als Vorsitzender bei der Lebenshilfe und beim Bayerischen Roten Kreuz engagiert, genauso wie der Kollege Harry Scheuenstuhl. Ich habe noch nie gehört, dass jemand als Ehrenamtlicher gesagt hat, er macht wegen der bürokratischen Hürden nicht weiter. So ist es auch in der Kommunalpolitik, meine sehr geehrten Damen und Herren. Sie erzählen auch von Sachen in bestimmten Bereichen, wo wir an Verbesserungen dran sind.

Warum sind eigentlich bei uns so viele Menschen ehrenamtlich tätig? – Über vier Millionen Menschen bei uns in Bayern engagieren sich quasi täglich im Ehrenamt, in den Hilfsorganisationen, in den Vereinen und in den Verbänden. Wir haben noch nie so viele gehabt. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Ich bin sehr dankbar dafür, dass wir trotz der angeblichen bürokratischen Hürden sehr viele Ehrenamtliche bekommen haben, gerade auch bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise. Da hat niemand danach gefragt, ob möglicherweise zu viele bürokratische Hürden vorhanden sind. Deshalb auch von meiner Seite noch einmal ein herzliches Dankeschön an die Millionen Menschen bei uns in Bayern, die sich großartig ehrenamtlich engagieren. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei der CSU)

Ich sage Ihnen aber auch, lieber Kollege Glauber: Wir lassen uns von den administrativen Notwendigkeiten, zum Beispiel von bestimmten Schutzvorschriften oder Gesundheitsüberprüfungen, nicht abbringen. Das wäre auch unverantwortlich. Die FREIEN WÄHLER wären, wenn etwas passieren sollte, insbesondere im Bereich des

Brandschutzes – das wissen Sie alle –, im Bereich der Hygiene oder auch bei den Führungszeugnissen, die Ersten, die das ganz massiv kritisieren würden. Sie wären die Ersten, die gewissermaßen einen Untersuchungsausschuss oder was auch immer beantragen würden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich hatte am Wochenende eine Sportlerehrung in meiner Heimatgemeinde, wo ich auch Bürgermeister war. Dabei waren viele Vereinsvorstände, Übungsleiter und Sportler anwesend. Da gab es, muss ich ganz ehrlich sagen, kein einziges Wort zu bürokratischen Hürden, die natürlich in bestimmten Bereichen vorhanden sind; das ist doch völlig klar. Aber diese Ehrenamtlichen machen ihre Arbeit gerne, weil sie quasi stolz sind auf unsere Heimat und weil sie letztendlich etwas für unsere Menschen bewegen möchten. Wir wissen, dass unsere bayerische Heimat nur deshalb so stark ist, weil wir sehr viele Menschen haben, die sich ehrenamtlich engagieren.

Ich finde auch den Hinweis ganz wichtig, dass unter unserem Staatssekretär Markus Sackmann die sogenannte Ehrenamtskarte eingeführt wurde. Das ist ein Indiz dafür, wie stark die Staatsregierung und die CSU-Landtagsfraktion das Ehrenamt immer wieder unterstützen. Bei mir daheim im Landkreis wird diese Ehrenamtskarte ganz massiv angewendet, und die Leute sind dafür auch dankbar. Darüber hinaus haben wir beispielsweise auch die Bayerische Ehrenamtsversicherung zur Stärkung der Ehrenamtlichen im Bereich der Haftpflicht- und der Unfallversicherung eingeführt.

Vom Kollegen Jörg wurden insbesondere die Maßnahmen angesprochen, die von der Staatsregierung ergriffen wurden. Ich nenne beispielsweise die Unterstützungsstruktur vor Ort. Es gibt 65 Koordinierungszentren für gesellschaftliches Engagement und auch das Ehrenamtsstärkungsgesetz des Bundes. Dazu wird der Kollege Nussel noch etwas vortragen.

Ich selbst sage noch einmal ein Dankeschön an die vielen Ehrenamtlichen, die eine großartige Arbeit für unsere Gesellschaft leisten. Auch diese Arbeit kommt der Verbesserung der Lebensverhältnisse in unserer schönen Heimat Bayern zugute.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Kollege Nussel von der CSU das Wort. Bitte sehr.

**Walter Nussel (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Glauber, ich bin froh, dass ich Ihnen keine Beruhigungspillen geben muss, weil Sie jetzt wieder etwas emotionsloser sind.

(Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Ich bin immer emotionslos!)

So, wie Sie vorhin aufgetreten sind, in der emotionalen Art, wie Sie es geschildert haben, haben Sie auf mich den Eindruck gemacht, als ob unsere Ehrenamtlichen von der Zusammenarbeit mit unseren Verwaltungen überhaupt keine Ahnung haben. Ich meine, genau das Gegenteil ist der Fall.

(Hans Herold (CSU): Richtig!)

Sie sprechen bei der Feuerwehr von der Übung und der Ausbildung. Dieses Jahr ist das 30. Jahr, in dem ich Feuerwehrkommandant bin. Ich weiß, was sich hier über die Jahre hinweg an Bürokratie entwickelt hat, aber in Richtung Opposition stelle ich Folgendes fest: All die Nachfragen, die von eurer Seite kommen, sei es zu Statistiken oder Themen wie Einsätzen, Übungen oder Unfällen, müssen bearbeitet werden; denn Sie wollen ja Antworten von der Staatsregierung haben. Und da können Sie sich nicht hier hinstellen und behaupten, die Antworten würden nur gegeben, um Leute zu ärgern.

(Beifall bei der CSU)

So kann es nicht sein.

Ich komme zu den Schützen. Ich habe mir selbst einen Schießstand angesehen, der umgebaut werden soll. Wir haben die Umweltschutz- und Feinstaubregelungen. Das alles muss natürlich geregelt werden; das kann nicht einfach so hemdsärmelig über die Bühne gehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Lebhafter Widerspruch des Abgeordneten Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER) – Gegenrufe von der CSU)

Sie können hier nicht behaupten, man könnte das alles einfach ohne Verwaltung regeln.

(Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Das macht das Innenministerium!)

Sie sind Architekt und stellen die Situation trotzdem so dar, als könnten Sie alles ohne Vorschriften regeln. Ich hätte etwas anderes von Ihnen erwartet.

(Beifall bei der CSU)

Ich komme zum Thema Brandschutz, Herr Glauber. Da schreien Sie von den FREIEN WÄHLERN auch als Erste, wenn irgendwo etwas passiert. Ich habe mich explizit mit Schneizldreuth beschäftigt. Die Vorgeschichte, infolge deren Menschen ums Leben gekommen sind, war kriminell: Es gab dort keine Betriebserlaubnis, und es fehlte die Baugenehmigung. Das alles wird dann in der Diskussion bei Ihnen immer vorangestellt. Da müssen wir schon genau hinsehen. Dazu stehe ich, selbst wenn es bürokratische Hemmnisse mit sich bringt. Das muss ordnungsrechtlich sauber abgearbeitet werden. Wir können nicht einfach davon ausgehen, wir könnten das alles so nebenbei machen.

Von Ihnen kommen auf der einen Seite immer wieder dieselben Anfragen – das nervt mich schon über ein Jahr –, und auf der anderen Seite stellen Sie sich hin und tun so, als könne man das einfach so machen. So geht es nicht.

Stichwort Vorstände beim Finanzamt: Auch mit diesen Personen stehe ich in Verbindung, und wir müssen versuchen, Regelungen zu finden. Da bin auch ich auf unterschiedliche Themen im Laufe meiner einjährigen Arbeit gestoßen. Ich kann dazu nur sagen, dass ich alle Fraktionen angeschrieben und um Stellungnahme gebeten habe. Von der Opposition habe ich lediglich drei Rückmeldungen bekommen, dass ich mich blicken lassen und helfen soll.

Die Regionalkonferenzen werden kaum jemals von euch besucht, auch wenn alle eingeladen sind. Auch hier müsste man eigentlich mitarbeiten und sich das anhören, was die Leute uns sagen. Keiner ist auf diesen Konferenzen zu sehen.

Noch einmal zum Stichwort Finanzamt. Ich selbst habe als Vereinsvorsitzender eine Kirchweih ausschließlich mit Ehrenamtlichen organisiert. Natürlich müssen wir da etwas ändern. Diejenigen, die hinter dem Ausschank stehen, dürfen es nicht als geldwerten Vorteil gewertet bekommen, wenn sie ein Getränk aus dem Ausschank zu sich nehmen. Das muss geändert werden. Das wollen wir auch. Es ist aber ordnungsrechtlich genau zu prüfen. Ich kann nicht einfach über Nacht sagen, das machen wir jetzt anders. Sonst kommen nämlich dieselben Vorwürfe wieder, dass dort gekungelt werde und etwas verschleiert werden soll. Das wollen wir nicht. Wir wollen das alles ordentlich regeln.

Genauso ist es mit den Vorschriften zu Volksfesten. Wir haben hier versicherungsrechtliche Vorschriften zu erfüllen. Darüber kann man nicht einfach hinweggehen und sagen: Ich stelle eine Bierbank und ein Fass Bier hin oder Kaffee und Kuchen, lade Leute ein und feiere schön. Wir müssen aufpassen, wie es abläuft, damit da nicht irgendetwas passiert. Es gibt zwar eine Ehrenamtsversicherung, aber ich meine, da müssen wir noch mehr tun. Ich würde mich freuen, wenn Sie da etwas emotionsloser wären, Herr Glauber, und fordere Sie auf, etwas mitzuarbeiten. Kommen Sie zu mir. Meine Türe ist immer offen. Dann können wir über solche Themen, wie Sie sie heute zu Unrecht angemahnt haben, diskutieren.

(Beifall bei der CSU)

Frau Waldmann, Sie sprachen die Ansiedlung der Ehrenamtsbeauftragten bei der Staatsregierung an. Die Kollegin wurde gestern berufen. Geben Sie ihr doch zunächst die Chance, ihre Arbeit aufzunehmen. Ich kann für mich in Anspruch nehmen, dass ich mit meiner Abteilung in der Staatskanzlei bin. Besser kann man etwas nicht ansiedeln. Man ist da in der Staatsregierung so eingebunden, dass ich auf jedes Ministerium sehr schnell Zugriff habe, um solche Sachen, wie Sie sie angesprochen haben, zu regeln. Es muss in eine Richtung gebracht werden, dass das für die Bürger bestmöglich umzusetzen ist, was wir ordnungsrechtlich zu beachten haben.

Stichwort Sorgentelefon. Ich nenne das Beispiel Kaufbeuren. Mir persönlich ist egal, wo die Personen sitzen, die das Telefon betreuen. Wir sprechen über die Stärkung des ländlichen Raumes. Müssen wir denn alles hier in München haben? – Wichtig ist, dass wir ein Sorgentelefon haben und dass es besetzt ist. Jetzt haben wir auch noch einen Bürgerbeauftragten, der sich darum kümmern wird. Da sind wir auf dem richtigen Weg.

Ein Wort zur Datenschutz-Grundverordnung. Im Frühstücksfernsehen heute Morgen hat der Experte den Vorfall bei Facebook dargestellt. Er legte den Hintergrund dar, warum wir diese Datenschutz-Grundverordnung haben werden. Damit muss man sich eindringlich beschäftigen, und man muss, wenn möglich, im Land und im Bund versuchen, für uns eine handhabbare Regelung zu finden. Aber darüber hinwegzusehen und zu sagen, wir bräuchten hier keine Regelung – das haben Sie so angedeutet –, geht nicht.

(Zurufe von der SPD: Es soll ja um Beratung gehen!)

– Da sind wir dabei, da wird auch beraten.

(Ruth Waldmann (SPD): Ich sprach von Beratung!)

– Das ist seit zwei Jahren aufgerufen. Das Thema steht seit zwei Jahren auf der Agenda. Aber bisher haben sich nur wenige darum gekümmert. – Ich kann nur feststellen: Ihre Argumente sind aus meiner Sicht völlig falsch.

Frau Kamm, Sie sprachen von der Kultur des Umgangs miteinander und zwischen Ehrenamt und Verwaltung. Wir in Bayern haben die beste Kultur des Umgangs zwischen Ehrenamt und Verwaltungen.

Zur Gründung eines gemeinnützigen Vereins mit Notar: Genau das ist ein Thema. Wer als Vorsitzender eine Satzung erlässt und diese mit dem Notar nicht rechtlich sauber abspricht, damit sie auf einem sicheren Fundament steht, hat hinterher riesige Probleme. Das geht nach unserem Ordnungsrecht nicht anders.

Zu den Regelungen über den Speisenverkauf: Es ist richtig, wir können hier nicht zweigleisig fahren. Wir haben in meinem Fußballverein auch etliche Hundert Leute zu versorgen. Einem Gastwirt machen wir Auflagen, aber wir Ehrenamtlichen können tun, was wir wollen. So können wir es auch nicht machen. Wir müssen dafür gangbare Wege finden, und dazu fordere ich Sie auf.

Wir müssen auch an unsere kommunale Selbstverwaltung ran. Wir müssen die Weichen so stellen, dass die Verwaltungen – das sage ich jetzt auch selbstkritisch – nicht alle Verantwortung auf das Ehrenamt abschieben. Vielleicht tun sie das auch zu Recht, weil sich die Beamten in einer Stadt oder einer Gemeinde auch selbst schützen wollen. Dieses Rad müssen wir ein Stück weit zurückdrehen. Wenn eine kulturelle Veranstaltung oder eine Veranstaltung des Sportvereins für den Bürgermeister wichtig ist, müssen wir auch dafür sorgen, dass die Verantwortung für diese Veranstaltung bei der Kommune bleibt und nicht beim Vorstand oder beim Kassier, der diese Veranstaltung durchzuführen hat. Das ist eines der Grundprobleme. Damit haben wir uns bisher noch nicht so intensiv beschäftigt.

Als ich vor 30 Jahren die erste Kirchweih veranstaltet habe, habe ich für den Antrag auf Schankerlaubnis eine DIN-A4-Seite ausgefüllt. Mittlerweile – ich will mich nicht genau festlegen – bin ich bei knapp 20 Seiten.

(Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Also!)

Auch durch solche Anfragen usw. ist es dazu gekommen, dass immer mehr obendrauf gesattelt wurde.

(Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Jedes Jahr eine Seite weniger!)

– "Jedes Jahr eine Seite weniger", das sagt ein Architekt. Beim Baurecht wollen wir auch jedes Jahr etliche Seiten weniger haben,

(Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Da bin ich sofort bei Ihnen!)

aber dann stehen Sie hier und sorgen für Recht und Ordnung.

(Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Sie wollen neuen Wohnraum schaffen!)

Sie wollen das Ordnungsrecht verlassen, das ist Ihr Problem.

(Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Das stimmt doch gar nicht! So ein Schmarrn!)

Zum Schluss: Ich habe dem Kabinett ein Zukunftspapier vorgelegt. Ich meine, dass es bald verabschiedet werden wird. Dieses Papier enthält einen Praxischeck und etliche Vorgänge, die ich für die Zukunft auf den Weg zu bringen versuche, damit etliche Vorschriften für das Ehrenamt und darüber hinaus vereinfacht werden. Dafür bitte ich um Ihre Unterstützung.

Ich habe jetzt noch zwei Regionalkonferenzen abzuhalten, eine in Nürnberg und eine in München. Ich fordere vor allem die Opposition auf: Nehmen Sie an diesen Konferenzen teil, hören Sie sich die Sorgen und Nöte an, und diskutieren Sie mit uns. Das

ist viel zielführender als diese Diskussion heute in diesem Kreis. Wir müssen draußen mit den Leuten an der Basis reden.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Kollege. – Jetzt hat Herr Staatsminister Dr. Herrmann das Wort. Es ist sein erster Auftritt als Minister. Bitte schön, Herr Staatsminister.

**Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir über das Ehrenamt sprechen, gibt es immer eine sehr gute Nachricht: Wer ehrenamtlich tätig ist, lebt länger. Eine Studie der Universität von Michigan besagt: Wer ehrenamtlich tätig ist, hat eine um 40 % größere Chance, lange zu leben, als derjenige, der sich nicht sozial engagiert. Der Ulmer Hirnforscher Manfred Spitzer stützt diese These. Er sagt: Ehrenamtliches Engagement ist gesund und kann in manchen Fällen sogar Medizin ersetzen. Es wirkt der Einsamkeit entgegen, löst Glücksgefühle aus – jedenfalls bei den meisten Ehrenamtlichen, bei manchen Vorständen oder Kassierern vielleicht nicht –, und es verlängert eben auch das Leben. Er sagt: Rein rechnerisch könnte man allein durch Ehrenämter eine ganze Reihe von Langzeitmedikationen ausgleichen. Mit freiwilligem Einsatz für andere beugt man Krankheiten wie Bluthochdruck, erhöhtem Blutzucker oder zu hohen Blutfettwerten vor. Auch der bekannte Arzt und Moderator Eckart von Hirschhausen kommt zu dem Schluss: Ehrenamt verschreiben, nicht Aspirin!

Deshalb ist es besonders erfreulich, dass in Bayern der Einsatz für die Gemeinschaft und die Verantwortung für sich und für andere zur Lebensphilosophie gehören. Unzählige Menschen arbeiten unentgeltlich in Vereinen, Elternbeiräten, Pfarrgemeinderäten, als Schöffen, in der Sozial- und der Jugendarbeit, als Einsatzkräfte bei den Rettungsdiensten, den freiwilligen Feuerwehren oder dem THW und – das darf nicht vergessen werden – auch in der Kommunalpolitik. Fast jeder Zweite in Bayern ist ehrenamtlich aktiv. Das ist großartig. Vor allem ist es großartig, dass die Tendenz steigt. Für das Eh-

renamt wird mehr Zeit verwendet. Eine Erhebung besagt, dass sich deutlich mehr Menschen engagieren oder zumindest sich vorstellen können, sich ehrenamtlich zu engagieren, als noch vor zehn Jahren. Deshalb kann man mit Fug und Recht sagen: Bayern ist das Ehrenamtsland schlechthin.

Daher haben Sie, Herr Kollege Glauber, vorhin ein Zerrbild gezeichnet. Die Beiträge unserer Kollegen Jörg, Herold und Nussel haben das bestätigt. Wir haben einige Baustellen, an denen wir arbeiten müssen, um die Arbeit der Ehrenamtlichen zu verbessern und zu vereinfachen. Sie aber haben ein Zerrbild dargestellt, indem Sie gesagt haben, überhaupt niemand würde sich mehr engagieren, weil es vor lauter Vorschriften und Regelungen nicht mehr möglich sei. Das halte ich für übertrieben. Das ist auch dem Thema nicht angemessen. Sie haben gesprochen wie ein Maschinengewehr, sodass wir fast das Gefühl hatten, wir müssten hier eine Pulverdampfabzugsanlage installieren.

An einer Stelle möchte ich Ihnen deutlich widersprechen. Die FREIEN WÄHLER wiederholen diese Frage immer wieder, aber dadurch wird es nicht korrekter. Es geht um die Förderung der Feuerwehren und die Ausstattung der Feuerweherschulen mit neuen Stellen.

(Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Jetzt, ja!)

Sie wiederholen immer wieder, dass dafür nichts geschehen würde. Das ist nicht wahr. Im letzten Jahrzehnt hat der Freistaat über 228 Millionen Euro für die Ausbildung ehrenamtlicher Feuerwehrleute an den drei Staatlichen Feuerweherschulen investiert. Wir haben Geld für laufende Maßnahmen, Modernisierungen und Erweiterungsbauten ausgegeben. Die Maßnahmen kennen Sie alle, darum sollten Sie sie auch ab und zu einmal erwähnen. Das Gleiche gilt für die Ausbildung und Bereitstellung von Lehrgangsstunden. Die Zahl der Lehrgangsmöglichkeiten wurde erhöht, und sie werden auch in hohem Maße ausgenutzt. In den Jahren 2011 bis 2017 haben wir dafür über 60 neue Stellen geschaffen. Sie wissen auch, dass für den nächsten Doppelhaus-

halt 2019/2020 die ermittelten 40 weiteren Stellen für Lehrkräfte vom Innenminister dem Landesfeuerwehrverband bereits zugesagt wurden. Öffentlich wurde das auf der Landesversammlung des Landesfeuerwehrverbandes zugesagt. Ständig von Defiziten zu sprechen, geht an der Realität vorbei.

(Beifall bei der CSU)

Insgesamt geht es darum, den Gemeinschaftssinn zu unterstützen, so gut es geht. Wir müssen Anreize dafür schaffen, dass Menschen ihr ehrenamtliches Engagement auf dem hohen Niveau, wie es in Bayern geschieht, auch weiterhin ausüben. Ich erwähne nur die Aufnahme des Ehrenamts als Staatsziel in die Bayerische Verfassung im Jahr 2014. Das war ein wichtiger Schritt; denn das, was in der Verfassung als Staatsziel genannt ist, muss stärker beachtet werden als alle politischen Absichtserklärungen. Wir haben eine Bayerische Ehrenamtsversicherung für freiwillig Engagierte ohne eigenen Versicherungsschutz. Sie ist für die Ehrenamtlichen antrags- und beitragsfrei. Seit 2016 gibt es den Bayerischen Innovationspreis Ehrenamt. Und – da denke ich besonders an unseren Kollegen Markus Sackmann – es gibt die Ehrenamtskarte, die als Anerkennung für die Freiwilligen und als Ausgleich dafür, dass sie ihre Freizeit für einen guten Zweck opfern, eingeführt wurde. Die Ehrenamtskarte ist eine Erfolgsgeschichte, die Markus Sackmann begonnen hatte. 87 Landkreise und kreisfreie Städte sind daran bereits beteiligt. Fast 115.000 Ehrenamtskarten wurden bereits vergeben.

Seit Februar 2018 können wir mit der neuen Zukunftsstiftung Ehrenamt Bayern auch kleinere Ehrenamtsvorhaben ganz unbürokratisch fördern. Mit maßgeblicher Unterstützung der Staatsregierung hat der Bund die Übungsleiterpauschale und die Ehrenamtspauschale erhöht. Das sind die Anreize, die wir für ehrenamtliches Engagement schaffen wollen. Natürlich tun wir aber auch viel für den Bürokratieabbau, und dabei bin ich dem Beauftragten Walter Nussel sehr dankbar, dass er auf allen Politikfeldern, insbesondere aber beim Ehrenamt, entsprechend anschiebt.

(Ruth Waldmann (SPD): Der hat aber keinen Vorschlag gemacht!)

Ich möchte aber schon deutlich sagen, die klare Linie dabei lautet: Bürokratieabbau ja – so viel, so intensiv und so schnell wie möglich –, aber keine Abstriche bei der Sicherheit.

(Zuruf: Genau!)

Seit dem Jahr 2003 wurden fast 50 % aller bayerischen Gesetze und Verordnungen gestrichen, Herr Glauber. Bayern ist heute bundesweit das Land mit den wenigsten Gesetzen. Bei uns gibt es ein Viertel weniger Gesetze und Verordnungen als im Länderdurchschnitt.

Mit unserer Ehrenamtsoffensive entlasten wir unsere Ehrenamtler von Bürokratie bei der Ausrichtung von Vereinsfeiern. Es darf nicht sein, dass wir diejenigen, die sich für die Gemeinschaft engagieren, mit Bürokratie bei ihrem Einsatz hemmen. Der Staat soll helfen, nicht hemmen – aktivieren, nicht kontrollieren. Mit unserem Leitfaden für Vereinsfeiern – und das ist insbesondere das Verdienst von Staatsminister Dr. Marcel Huber – haben wir einige große Steine für Brauchtums- und Vereinsfeiern aus dem Weg geräumt; also: helfen, nicht hemmen – aktivieren, nicht kontrollieren. Ein Schmankerl ist dabei, dass wir bei einem alten und beliebten Brauch den bürokratischen Aufwand wieder vom Kopf auf die Füße gestellt haben: Fürs Maibaumaufstellen haben wir unnötige Hemmnisse abgestellt.

Wir haben mit den Institutionen des Ehrenamts die wichtigsten Fragestellungen bei der Ausrichtung einer Feier systematisch und in verständlicher bürgerfreundlicher Sprache aufgearbeitet. Der Leitfaden war mit bislang rund 45.000 ausgegebenen Druckexemplaren und über 17.000 Downloads ein bemerkenswerter Erfolg. Eine überarbeitete zweite Auflage ist bereits in Vorbereitung. Die Staatsregierung unterstützt und fördert alle Ehrenamtler messbar und nachweisbar. Wir haben ein offenes Ohr, und wir handeln. Erwähnt wurde bereits das Sorgentelefon "Ehrenamt", mit dem der direkte Draht zur Staatsregierung gewährleistet ist, der auch in Anspruch genommen wird.

Ein weiterer Baustein der Ehrenamtsoffensive ist schließlich die deutliche Deregulierung kleiner gemeinnütziger Tombolas; Kollege Jörg hatte das bereits angesprochen. Danach können Lotterien und Tombolas bis 650 Euro Spielkapital ohne die Einholung einer konkreten Erlaubnis bei der Gemeinde oder Regierung abgehalten werden. Abrechnungen müssen nicht mehr generell vorgelegt werden, und Anzeige- und Abrechnungsmusterformulare der Glücksspiel- und Steuerbehörden wurden vereinheitlicht, sodass betroffene Ehrenamtliche nur noch ein Formular ausfüllen müssen. Das ist ein Beispiel dafür, dass genau das gemacht wird, was gefordert wird, nämlich Bürokratie so weit wie möglich abzubauen, ohne eine Einbuße bei der Sicherheit oder bei dem Schutz vor Gefahr und vor Missbrauch im Bereich glücksspielartiger Veranstaltungen zu erleiden. Es ist also genau der Weg, der hier der richtige ist; populistische Forderungen, einfach Gesetze abzuschaffen, sind in der Praxis häufig nicht hilfreich.

(Beifall von der CSU)

Schließlich setzt sich die Staatsregierung seit Jahren auf Bundesebene für die Einführung einer sogenannten Unbedenklichkeitsbescheinigung bei Ehrenamtlichen in der Kinder- und Jugendarbeit ein. Dadurch entfielen für die ehrenamtlichen Vereinsvorstände das komplizierte Verfahren der Einsichtnahme in das erweiterte Führungszeugnis, seine inhaltliche Bewertung und der Umgang mit den sensiblen Daten; übrigens auch ein Beispiel, das an viele – auch an mich – immer wieder herangetragen wurde, und ein Beispiel dafür, dass es einerseits eine richtige Forderung ist, Bürokratie abzubauen, und es andererseits aber bestimmte Gründe hinter den Regelungen gibt.

Wir wissen alle, was bei dieser Vorlagepflicht "Führungszeugnis" oder "erweitertes Führungszeugnis" der Sinn ist – ich denke, das wird hier auch niemand bestreiten –, und das muss dann auch gemacht werden.

(Zuruf von der CSU: Genau!)

Ich kann nicht sagen: "Lass doch, ist doch alles egal", sondern ich muss mir eben mühsam überlegen, auf welchen vernünftigen Weg ich das bringe. In der Praxis wird das auch in den Landratsämtern sehr gut gemacht.

Unser Vorschlag einer Unbedenklichkeitsbescheinigung wäre besser. Bisher hat die Bundesregierung diese vom Bundesrat auf Initiative Bayerns eingeforderte Änderung abgelehnt. Wir lassen aber nicht locker und werden mit der neuen Großen Koalition diesbezüglich in eine neue Runde gehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, für eine gute Zukunft brauchen wir eine starke Gemeinschaft. Lassen Sie uns gemeinsam arbeiten für unsere Heimat, für ein ganz besonderes Land, und zwar ein Land, in dem die Menschen füreinander eintreten.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Staatsminister. Nachdem das Mitglied der Staatsregierung länger als zehn Minuten gesprochen hat, machen die FREIEN WÄHLER von dem Recht Gebrauch, dass ihr Vertreter noch einmal für fünf Minuten das Wort ergreifen darf. – Bitte schön, Herr Glauber, Sie haben das Wort. Jetzt haben Sie noch ein wenig mehr Zeit.

**Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER):** (Vom Redner nicht autorisiert) Danke schön. – Herr Präsident, verehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen, ja, jetzt kann man das Thema auch noch einmal wunderbar betrachten. – Herr Staatsminister, Kolleginnen und Kollegen der CSU! Lieber Walter Nussel, es ist wunderbar bezeichnend, dass du selbst hier stehst und sagst: Der Antrag für meine Kirchweih hatte vor 20 Jahren eine Seite, jetzt hat er 20 Seiten. – Genau das war unser Ziel, genau das war unsere Intention der Aktuellen Stunde, zu sagen: Wir schaffen es! – Du bist Beauftragter für Bürokratieabbau, und es muss doch jetzt nach so vielen Jahren aus meiner Sicht, aus Sicht der FREIEN WÄHLER Ergebnisse geben. Diese Ergebnisse kosten in vielen Fäl-

len kein Geld, sondern nur unser Engagement sowohl auf Landes- wie auf Bundesebene.

Es ist das Thema der Schützen angesprochen worden. Ich bitte Sie: Sprechen Sie mit Ihren Schützenvereinen draußen. Solange das Thema nicht auf Bundesebene vom Innenministerium an sich gezogen wurde, sondern mit dem Bayerischen Sportschützenbund bearbeitet wurde, war die Handhabung ganz klar einfacher und sehr praxisnah. Kolleginnen und Kollegen, wir schaffen jetzt mit dem Innenministerium Regeln, die von der Praxis weit weg sind.

Deshalb ist es unser Auftrag als gewählte Parlamentarier, nicht nur die vielen Ehrenamtlichen zu unterstützen. Sie haben den ganzen Bereich der Zuwanderung und des Asyls angesprochen. Was bei den Tafeln in den letzten Wochen passiert ist und wie man mit ihnen umgegangen ist, ist aus meiner Sicht sehr beschämend. Die ganzen Freiwilligendienste haben wir völlig zu Recht; denn sonst wäre Bayern nicht das, was es ist, Kolleginnen und Kollegen.

Was wir heute mit der Aktuellen Stunde erreichen wollten, ist nur, dass Sie sich Gedanken darüber machen: Schaffen wir jedes Vierteljahr eine Regel ab, damit aus den 20 Seiten am Ende wieder eine Seite wird. Dazu gehört auch, dass ein Parlament sich die Dinge ansieht und man in den Ministerien auf Bundes- und auf Landesebene abspeckt und sich nicht versteckt.

Sehen wir in die Nachbarländer, und nehmen wir das Thema Allergenkennzeichnung. Die Österreicher und die Holländer sind mit dem Thema Allergenkennzeichnung komplett anders umgegangen als wir. Dort muss man für eine ehrenamtliche Veranstaltung keine Allergenkennzeichnung vorweisen. Das ist doch ein klares Signal, und das könnten wir auch umsetzen. Wir wollen es aber nicht umsetzen, und es ist genau das Problem, dass man sagt: Wir machen alle gleich. – Diese Gleichmacherei akzeptiere ich im Ehrenamt nicht.

Lassen Sie mich noch ein Beispiel nennen. Die Österreicher haben es geschafft, Feuerwehrautos, die neu angeschafft werden, heute noch mit der Euronorm 5 ausliefern zu lassen. Wir in Deutschland – Flächengemeinden mit sechs, sieben Feuerwehrautos – brauchen Euronorm 6 – Euronorm 6 für Fahrzeuge, die 2.000 km im Jahr fahren, 15.000 Euro mehr kosten und mehr Gewicht bei weniger Beladung im aktiven Dienst haben. Die Österreicher waren schlauer als wir.

Warum schaffen wir es nicht? – Auf Bundesebene war man nicht bereit, und wir wurden über den Bundesrat nicht aktiv. Wir haben das nicht umgesetzt. Das sind Dinge, die kein Geld kosten, sondern sie kosten politisches Engagement und ein klares Bekenntnis zum Ehrenamt. Deshalb noch einmal: Ich lasse Sie hier nicht aus der Verantwortung. Es gibt ganz klar eine Verantwortung für die Landes- und die Bundespolitik. Die Forderung lautet: Vereinfachung, Verschlinkung und die Regelung von Themen, sodass sie dem Ehrenamt gerecht werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Kollege. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.